

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 12 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Petit-Zeile 1,50 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 368 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolajstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Zum Verbandstag in Frankfurt a. M.

Zum ersten Male seit Bestehen unseres Verbandes tagt unser Verbandsparlament in der schönen Stadt am Main. Diese Tatsache verdient hervorgehoben zu werden, weil doch Frankfurt von jeher und mit Recht mit zu den beliebten Kongressorten gehört, und doch hat sich unser Verbandstag erst dahin verirrt, nachdem der Verband ein Alter von 32 Jahren erreicht hat. Als noch nicht alles so teuer war wie heute, hätte man sich in Frankfurt besonders wohl fühlen können. Für wenig Geld konnte — wer Lust hatte — man sich an Apfelwein göttlich tun, nebst Frankfurter Würstchen und sonstigen lokalen Gemüßen. Auch an Sehenswürdigkeiten ist Frankfurt reich. In seinen Mauern beherbergt es auch das Institut für Gewerbehygiene, das mit seiner vorzüglichen Sammlung speziell für unsere Delegierten von Interesse sein dürfte. Eine Beschäftigung ist zu empfehlen, insbesondere den Delegierten, die in gesundheitschädlichen Betrieben arbeiten oder als Funktionäre in Betrieben mit solchen Industriezweigen tätig sind.

Der diesjährige Verbandstag ist der 14. oberste. Ein außerordentlicher tagte bekanntlich 1917 in Hannover. Der letzte Verbandstag, der im Jahre 1920 gleichfalls in Hannover stattfand, brachte noch viel Unausgeglichenes zum Ausdruck. Das hat sich unterdessen wesentlich geändert. Ein großer Teil der damals an gewerkschaftlicher Erfahrung noch recht jungen Mitgliedschaft hat mehr Nähe und Sicherheit in der Beurteilung der Tagesfragen gewonnen. Es ist also anzunehmen, daß die Frankfurter Tagung in ihren Entschlüssen mehr Einseitigkeit aufweisen wird als die letzte Tagung in Hannover. Mancher von den diesmal vorliegenden Anträgen, der noch den Geist von 1920 atmet, dürfte von der überwiegenden Mehrheit der Verbandstagsdelegierten als un diskutabel angesehen werden.

Schon beim Vorstandsbericht legt ja bekanntlich die Kritik mit aller Frische ein, wogegen nichts einzuwenden ist, wenn die Kritik sachlich bleibt. Leider scheint schon bei einigen Anträgen die Objektivität und Sachlichkeit zu fehlen. Denn wie soll der Vertreter eines Antrages objektiv und sachlich sprechen können, wenn er demjenigen das Mißtrauen aussprechen soll, der sich streng an das Statut gehalten hat? Auffallend ist, daß der Mißtrauensantrag nicht aus Höflichkeit oder Übersehen, sondern aus Nürnberg kommt. Auch mehr Klassenkampppropaganda wird gefordert, viel leicht erfährt der Frankfurter Verbandstag, was man sich darunter vorzustellen hat. In den letzten vier Jahren hat es wohl keinen Tag gegeben, an dem wir nicht praktischen Klassenkampf geübt haben. Die Anträge zum Bericht des Redakteurs sollen hier übergegangen werden.

Einige Anträge liegen zum Bericht über den Gewerkschaftskongress vor, die von der in den letzten Jahren stark verbreiteten Ansicht ausgehen, der Bundesausschuß sei einmal eine Art Feuerwehr, die überall einzuspringen habe, und zum anderen sei er in der Lage, alles durchzuführen, wenn er nur wolle. All das, was in den Anträgen gefordert wird, erstrebt der Bundesausschuß schon längst. Gewiß ist es verständlich, daß der Wunsch nach Befreiung aller Mäße regt ist und in Anträgen zum Ausdruck kommt. „Mit allen gewerkschaftlichen Mitteln“ soll dieses und jenes durchgeführt werden. Abgesehen davon, daß die „Parolen“ in den letzten Jahren wie Hebermäße herumgeschwirrt und wir seit Jahren überhaupt nichts anderes gemacht hätten als Generalstreiks, wenn diese Parolen alle hätten durchgeführt werden müssen, sei doch darauf zu verweisen, daß dem Bundesausschuß gerade von jenen, die ihn prinzipiell bekämpfen, mit den an ihn gestellten Forderungen eine Macht und Vollmacht zugesprochen wird, die er gar nicht hat, die ihn förmlich zum Diktator in allen politischen und wirtschaftlichen Fragen machen würde, falls er sie befehle. Andererseits wird aber dem Bundesausschuß immer wieder sein Bureaukratismus, seine Diktaturanmaßung und dergleichen zum Vorwurf gemacht. Schon daraus ergibt sich die Unwahrheit mancher Gewerkschaftsmitglieder über Wesen, Wirkungskreis, Befugnisse und Machtpfülle des Bundesausschusses.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: „Betriebs- und Industrieorganisation“ dürften innerhalb unseres Verbandes wesentliche Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Da sich aber in der letzten Zeit das Bestreben geltend macht, willkürlich Organisationsgebilde zu schaffen, die mit Industrieverbänden nichts gemein haben, unter Mißachtung der Organisationsgrenzen anderer Verbände, und da außerdem der Gewerkschaftskongress in Leipzig sich mit den „Organisationsformen“ beschäftigt hat, ist es ganz selbstverständlich, daß unser Verbandstag diese Frage aufs neue erörtert. Es wird gut sein, daß er den Willen entgegengesetzter Abwehr zum Ausdruck bringt, wo von anderer Seite die Bestimmungen über die „Abgrenzung der Gewerkschaften“ nicht respektiert werden. Alle zu dem Punkt 4 vorliegenden Anträge wollen im Grunde nichts anderes, als was wir seit Jahren auch erstreben, aber nicht künstlich machen wollen und können.

Die meisten Anträge liegen — wie das ja auch selbstverständlich ist, zu Punkt 5: „Statutenberatung“ vor. Um dem Verbandstag ein ungehindertes Arbeiten zu ermöglichen, tritt vor seiner Tagung — wie in früheren Jahren auch — eine Statutenberatungskommission zusammen, die als kleinere Körperschaft beauftragt ist als das Plenum und auch leichter die für das Be-

trags- und Unterstützungsstellen notwendigen Unterlagen prüfen kann.

Von wesentlicher Bedeutung dürften die über das Beitrags- und Unterstützungsstellen vorliegenden Vorstandsberichte sein. Sie bergen eine ganze Reihe von Vorteilen in sich. Zunächst tragen sie einer weiteren Geldentwertung Rechnung und geben die Möglichkeit der Anpassung. Der Verbandsbeitrag würde durch die Annahme dieser Entwürfe hoffentlich für längere Zeit entlastet, soweit die Beitrags- und Unterstützungsfrage in Betracht kommt. Die Vorkassenträge kämen in Fortfall, wobei zwei wichtige Vorteile sofort ins Auge fallen. Erstens einmal die Befreiung der zahllosen Markensorten, was für die Expedition und für die Hauptkasse in Hannover eine wesentliche Entlastung bedeuten würde. Ferner verschwinden viele Konflikte und Unstimmigkeiten zwischen den verschiedenen selbstständigen Zahlstellen innerhalb eines Wirtschaftsgebietes. Finanziell stünden sich die Zahlstellen nicht schlechter, zum größten Teil sogar besser, weil für den ausfallenden Vorkassenträger der Anteil an den Beiträgen für die Vorkasse ein höherer wäre. Durch eine einfache Berechnung können die Zahlstellen sehr leicht die Wahrheit dieser Behauptung nachprüfen. Aus dem seitherigen Runderbunt der Vorkassenträger herauszukommen, wäre also ein Vorteil für Hauptkasse und Vorkassen, für Hauptvorstand und Mitgliedschaften.

Ein ganz unverständlicher Antrag liegt aus Wiesdorf vor, der verlangt, es solle kein Mitglied wegen seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder wegen parteipolitischer Betätigung aus dem Verbandsausgessen werden können. In unserem Verbandsrat ist und bleibt das auch in Zukunft eine Selbstverständlichkeit. Der Antrag ist nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß er geboren ist aus dem Bewußtsein, die gewerkschaftliche Organisation als politisches Betätigungsfeld benutzt zu haben oder benutzen zu wollen. Man soll doch nicht versuchen, ein Verbandsparlament mit solchen Anträgen verblüffen zu wollen.

Der zum Mißtrauensantrag vorliegende Antrag ist nicht durchführbar. Seine Annahme würde zu unübersehbaren Konsequenzen führen. Die Unternehmer hätten es in der Hand, unsere Organisationen unter Umständen wegen der Mißtrauer mit einem Schlag schachtmatt zu legen. Die gewerkschaftlichen Kampfmittel können und dürfen für die Mißtrauer nicht verbannt, sie müssen für rein materielle Vorteile der Mitglieder eingesetzt werden. Wer für Ideale zu kämpfen gewillt ist — und das sind wir wohl — der darf nicht erst fragen, was bekommen ich dafür, sonst bleibt ja vom Sozial nichts mehr übrig. Entweder die Arbeiterkraft ist reich genug, um sich den 1. Mai und den 9. November durch entsprechende politische Betätigung bei den Parlamentswahlen gesellschaftlich zu erzwingen, oder es muß immer noch versucht werden, auf dem Wege der Verständigung mit den Unternehmern zum Ziele zu kommen. Zur gewerkschaftlichen Nachfrage kann die Mißtrauer nicht gemacht werden.

Der Antrag, den Verbandstag alljährlich stattfinden zu lassen, ist unbedeutend. Wer die damit verbundenen ungeheuren Arbeiten und Kosten kennt, wird ohne lange Überlegung der gleichen Meinung sein.

Auch jene Anträge, die nur den Delegierten aus dem Arbeitsverhältnis (arbeiten die Funktionäre nicht? Die Red.) ein Stimmrecht zubilligen wollen, oder daß Gauleiter auf dem Verbandstag kein Stimmrecht haben sollen, sind gestellt in völliger Verkennung der Tatsachen. Schließlich denkt man nicht mit der Faust, sondern mit dem Kopf. Weshalb sollen übrigens die Verbandsamtsmitglieder, welche die größten Erfahrungen haben und die meisten Verantwortungen tragen, zu Nullen degradiert werden? In jedem Betriebe verlangen wir für unsere Kollegen mehr Mitbestimmungsrecht. Soll der Arbeitgeber Fabrikarbeiterverband seinen Angestellten dieses Mitbestimmungsrecht verweigern? Will er sie zu willen- und verantwortungslosen Heloten machen? Ein Mensch, der nichts zu jagen hat, trägt keine Verantwortung.

Ein Antrag verlangt, der Verbandsbeitrag müsse zu zwei Dritteln aus Verbandsmitgliedern bestehen, die sich im Arbeitsverhältnis befinden. Es ist schon gesagt, daß auch die Verbandsangehörigen im Arbeitsverhältnis stehen. Es fragt sich nur, ob man dieses niedriger einschätzen will als ein Arbeitsverhältnis beim Privatunternehmer. Weshalb soll denn ein Mensch, der die organisierte Arbeiterkraft als Arbeitgeber hat, wehrlos gemacht werden? Die Mitgliedschaft würde sich mit einer solchen Praxis selbst schänden. Uebrigens, es stand und steht der Mitgliedschaft unseres Verbandes frei, durch die freieste Wahl sich den Verbandsbeitrag so zusammenzusetzen, wie sie will. Soll dieses Wahlrecht eingeeengt, in eine bestimmte Richtung gedrängt werden?

Eine ganze Anzahl anderer Anträge bedarf desgleichen noch einer streng sachlichen Prüfung durch das Verbandsparlament. Da aber der Verbandstag sich zusammensetzt aus den Kreisen der erfahrenen Mitglieder unseres Verbandes, kann man das Vertrauen zu ihm haben, daß er — wie früher — so auch diesmal gute Arbeit leisten wird.

Unter Punkt 7 hat der Verbandstag endgültig zu entscheiden über den Entwurf der Unterstützungsstellen für die Verbandsfunktionäre. Der Entwurf ist das Werk einer von der 2. Beiratskonferenz eingesetzten Kommission und bedeutet eine Erweiterung, d. h. er umfaßt in Zukunft alle Verbandsangehörigen. Nur unter der Bedingung, daß er beitragsfrei und beitragszahlende Mitglieder resp. Funktionäre. Die Grundzüge des Entwurfes sind bereits im „Proletarier“ bekanntgegeben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß der Verbandstag nicht wegen Arbeitsmangels vorzeitig zu Ende gehen wird. Soll das vorhandene Arbeitsquantum aufgearbeitet werden, so wird bei manchen Fragen weise Beschränkung in der Debatte notwendig sein. Zukunftsarbeit soll der Verbandstag leisten, damit es gelingt, das Verbandschiff durch die drohenden Klippen zu bringen, durch die es gesteuert werden muß, die nicht zu umsegeln sind. Die verstärkten Schlachtreihen — Unternehmer, Arbeiter, Besitzende, Beschloße — ordnen sich. Da es, das Organisationsgefüge intakt zu halten, die Waffen zu schärfen, für Klärung und Bedingung zu sorgen. Der 14. Verbandstag wird seinen Auftrag gerecht werden in fleißiger, ernstlicher Beratung. In diesem Sinne rufen wir den Delegierten zu:

Willkommen in Frankfurt a. M.!

Arbeitsgemeinschaften?

Von Hans Pöhl.

Voraussetzungen spielen auf dem Verbandstage auch die Arbeitsgemeinschaften wieder eine Rolle. Ein Teil wird sie als Prinzip ablehnen, einige werden unbedingte Anhänger einer Arbeitsgemeinschaft sein, und ein anderer Teil wird sie nur als Mittel zum Zweck betrachten. Eine einseitige Auffassung über die Arbeitsgemeinschaften dürfte wohl schwerlich zu erzielen sein. Wenn wir aber in der Praxis in und mit den Arbeitsgemeinschaften arbeiten sollen, dann kann uns mit einer Resolution, die alles jagt und mit der nichts anzufangen ist, nicht gedient sein. Die Schwierigkeiten, welche in der Praxis vor uns aufstehen, müssen durch die Praxis überwunden werden, und so soll mit diesen Zeilen auch nur eine Anregung zum Nachdenken über das Wesen der Arbeitsgemeinschaft gegeben werden.

Tatsache ist, daß der Kampf für oder gegen die Arbeitsgemeinschaften schon länger besteht als jene Organisationsformen, die man heute unter dem Namen Arbeitsgemeinschaften begreift. Und die Argumente, mit denen man die Arbeitsgemeinschaften heute bekämpft, sind auch nicht neuen Datums, sondern schon Jahrzehnte alt. Und weiter ist es eine Tatsache, daß dieselben Menschen, welche die Arbeitsgemeinschaften bekämpfen, mit Eifer und Fleiß in Ausläufern der Arbeitsgemeinschaften mitarbeiten, ohne sich des Widerspruches bewußt zu werden.

Reiner Ansicht nach schöpfen die Gegner der Arbeitsgemeinschaften ihre wirklichen Gründe daraus, daß die Arbeitsgemeinschaften das nicht sind, was sie beim besten Willen heute nicht sein können. Auch in sozialen Dingen — und hier erst recht — muß die Entwicklung den Boden bereiten. Soziale Organisationsgebilde entstehen und formen sich nach zwingenden Notwendigkeiten. Sie künstlich zu konstruieren, bevor die Zeit und die Verhältnisse reif sind, muß mit einem Mißerfolg enden. Derartige Gebilde krachen bei den ersten schwereren Belastungsproben zusammen. Was an irgendeinem Platz und zu irgendeiner Zeit notwendig und zweckmäßig erscheint, kann und wird, wenn die Voraussetzungen nicht gegeben sind, schädlich und niederdrückend wirken. Auf den Inhalt kommt es an, weniger auf die Form.

Tarifgemeinschaften und Arbeitsgemeinschaften.

Zwingende Notwendigkeiten waren es, welche die Gewerkschaften zum Abschluß von Tarifverträgen drängten. Gegen den Abschluß von Tarifverträgen wenden sich heute nur noch die gewerkschaftlichen Analphabeten. Es gab eine Zeit, wo jeder, der den Tarifvertragsgedanken propagierte, an den Pranger gestellt wurde als Verräter der Arbeiterklasse. Wer die Geschichte kennt, weiß da allerhand Dinge zu erzählen. Was man heute als selbstverständlich betrachtet, wurde damals als Verbrechen angekreidet. So könnte man zu der Auffassung gelangen, daß starke Worte im ungelährten Verhältnis zur Einsicht in das Wesen der Dinge führen.

Wenn man aber heute den Abschluß von Tarifverträgen als etwas Selbstverständliches hält, hat dann die Opposition gegen die Arbeitsgemeinschaften noch eine innere Berechtigung? Aber selbstverständlich, wird man mir entgegenhalten. Denn Tarifverträge und daraus folgende Tarifgemeinschaften sind doch grundbedingten von Arbeitsgemeinschaften. Wenn man mir das beweisen kann, will ich mich gern belehren lassen. Vorläufig stehe ich jedoch noch auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsgemeinschaften eine höhere Form der Tarifgemeinschaften darstellen. Man muß nur einmal die Dinge konsequent durchdenken. Die Tarifgemeinschaften in ihrer primitivsten Form regeln lediglich die Lohnbedingungen. Sie waren meist örtlicher Natur. Und die Lohnsätze standen zudem meist nur auf dem Papier. Der Willkür blieb noch ein ziemlich weites Spielraum. Die Arbeitsbedingungen im allgemeinen wurden von den wenigsten Tarif- oder Lohnverträgen erfaßt. Das kam erst nach und nach, als der Einfluß der Gewerkschaften wuchs. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen eines nicht gerade unweientlichen Teiles der deutschen Arbeiter waren bis vor dem Kriege überhaupt keiner bestimmten Regelung unterworfen. Aber da, wo wir eine tarifliche Regelung hatten, wurde der Kreis der Regelung immer weiter gezogen und es war nur eine Konsequenz der Entwicklung, wenn man dazu überging, mit der Zeit alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis durch eine selbst geschaffene und partiellisch zusammengesezte Instanz entscheiden zu lassen. Bis man aber dazu kam, hatten in der Regel beide Parteien sehr viel Lehrgeld bezahlt.

Schichten, in denen Zerschnitt verarbeitet wird. Gummiwaren, Maschinenfabriken und ähnliche Betriebe, die mit Benzin oder Dieselkraftstoff als Ertriebsmittel zu tun haben und noch schlimmer. Schon die Anlage und Bauart der Fabriken erfordert hier besondere Maßnahmen, ebenso die Bereitstellung geeigneter Schutzeinrichtungen und Feuerwehren. Die Betriebe sind gehalten, besondere Vorkehrungen zu treffen, auf denen die Maßnahmen bei Feuergefahr deutlich bemerkt sind und die Arbeiter nicht wieder darüber zu unterrichten.

Die Belüftung und Beleuchtung der Arbeitsräume, ferner deren Lüftung und Heizung sind ebenfalls bei der Fabrikhygiene nicht zu vernachlässigen. Die Überwachung der meisten Industriearbeiten hat als Luftstufus für den Arbeiter 10 Kubikmeter, eine Bodenfläche von 2 Quadratmeter und eine Höhe von 3 Meter als Mindestforderung vorgegeben, bei mindestens dreimaligen Luftwechsel in der Stunde. Diese Mindestforderungen werden in der überwiegenden Menge aller Betriebe bei weitem überschritten, auch wenn die Arbeitsräume nicht durch giftige Gase oder Staub aufwühlung noch besonders gefährdet sind. Die neuzeitliche Hygiene hat den Arbeitgebern gezeigt, daß es mindestens ebenso sehr im Interesse wie in dem der Arbeitnehmer liegt, alle durch unzulängliche Fabrikeinrichtungen verursachten Gesundheitsstörungen zu vermeiden, ganz abgesehen davon, daß es ein Gebot der Menschlichkeit ist, den Arbeitern auch in der Fabrik, in der sie einen großen Teil ihres Lebens verbringen, menschenwürdige Zustände in hygienischer Hinsicht zu beschaffen. Dazu gehört auch die Anlage sauberer, gut beleuchteter und leicht Lüftbarer Klozetten, die zwar in der Nähe der Arbeitsplätze liegen sollen, aber doch durch einen gut entlüfteten Vorraum getrennt sind. Auf 30 Personen soll mindestens ein Abort kommen; ihre Benutzung muß ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen können. Die Anlagen müssen für Frauen und Männer getrennt sein.

Für Fabrikhygiene gehört ferner die Beschaffung einwandfreien Trinkwassers, dessen Bedeutung nicht weit besonders hervorzuheben zu werden braucht. Es entspricht einem normalen Bedürfnis des arbeitenden Menschen und dient vor allem dazu, den Wohlstand aus der Arbeitsstätte zu entfernen. Der in der Arbeitsstätte umgebrachte Alkoholgenuss, der nachgewiesenermaßen die psychologische Leistungsfähigkeit herabsetzt und während der Arbeit einen Alkoholmissbrauch darstellt, kann am besten durch Versorgung mit einwandfreiem, erfrischendem Trinkwasser oder anderen harmlosen Getränken, die den Durst löschen, ohne den Körper zu ermüden, bekämpft werden. Für geeignete Wasch- und Badeeinrichtungen ist ebenfalls zu sorgen, damit der Arbeiter die Gelegenheit hat, sich jederzeit, vor allem nach Schluß der Arbeit, sorgsam zu reinigen. Daß diese Gelegenheit für Selbstbetriebe eine unerlässliche Forderung ist, wurde schon eingangs besprochen. Natürlich läßt sich eine ausreichende Waschgelegenheit nur herstellen, wenn fließendes Wasser vorhanden ist. Neben Waschräumen müssen auch besondere Speiseräume vorhanden sein, da es auch in Betrieben, die nicht mit eigentlich gesundheitsgefährlichen Stoffen arbeiten, nicht im Interesse der Hygiene ist, die Mahlzeiten in den Arbeitsräumen einzunehmen. Vor allen Dingen hat der Arbeiter eine häufige Reinigung der Hände und des Gesichts voranzugehen, um Keimübertragung, die jederzeit im Zusammenleben erworben werden können, fernzuhalten. Das ist eine eigentlich selbstverständliche Pflicht der persönlichen Sauberkeit und Körperpflege, die aber leider im Berufsleben viel zu sehr vernachlässigt wird.

Zur Fabrikhygiene gehört schließlich auch die Arbeitskleidung. Besondere Arbeitskleider sind an sich stets zu empfehlen; sie sind aber unerschwinglich für Selbstbetriebe, damit die verfahrenen oder verschmutzten Stoffe nicht mit den Kleidern nach in die Wohnung eingeschleppt werden. Daß alle Berufskleider nach Möglichkeit aus leicht waschbarem Stoff hergestellt sind, braucht auch nicht erst begründet zu werden. Die Stoffknappheit hat leider auch hier zu sehr unerwünschten Einschränkungen geführt. Auf die sehr wichtigen Fragen der Arbeiterwohnungen und -ernährung soll hier nicht näher eingegangen werden; sie gehören nicht unmittelbar zur Fabrikhygiene, stellen aber an sich außerordentlich wichtige Gebiete der gewerblichen Gesundheitspflege dar, die namentlich mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zu der so ungemein verbreiteten Tuberkulose höchste Beachtung verdienen.

Unmittelbar abhängig von dem Fabrikbetriebe und seinen hygienischen Einrichtungen sind die Betriebsunfälle, denen wir uns nun noch zuwenden wollen als einer außerordentlich wichtigen Gruppe von gewerblichen Gesundheitsgefährdungen. Die Art und Zahl der Betriebsunfälle ist ungeheuer mannigfaltig. Verbrühen und Verbrennen durch Feuer, heiße Flüssigkeiten oder Dämpfe, Verletzungen durch Säuren und Laugen, Verwundungen der mannigfaltigsten Art, Quetschungen und Knochenbrüche durch Fall, Sturz, Ueberfahren, Hineingeraten in Maschinen aller Art, Explosions-, akute Gasvergiftungen mannigfacher Art bilden die häufigsten Ursachen der Betriebsunfälle, ohne daß damit auch nur annähernd ihre Kennzeichnung erschöpft ist. Die zahlreichen Ursachen dieser Unfälle sind teilweise in ungeeigneten Arbeitsstätten und Betriebs-einrichtungen, in Mangel an Schutzvorrichtungen und ungenügenden Anweisungen durch vorgesehene Organe zu suchen, teilweise in der Einstellung ungeeigneter, unerfahrener Leute, zum anderen Teil auch in fahrlässiger, selten böswilliger Nichtbeachtung vorhandener Schutzvorrichtungen oder Hinderhandeln gegen die erlassenen Vorschriften zu suchen. Die Zahl der Unfälle ist also unbegrenzt. Darum ist zur Verhütung von Unfällen durch zweckmäßige Einrichtungen der Arbeitsstätte gezielte Vorbeuge, damit die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet. Vor einer guten Schutzvorrichtung verlangt man, daß sie die Gefahr des Betriebes erkennen vollständig beseitigt, zweitens aber die Betriebsgeschwindigkeit nicht nennenswert vermindert, drittens — und auch das ist sehr wichtig —, daß sie für den Arbeiter unerschwinglich ist. So sehr aber auch weiter durch technische Einrichtungen und gezielte Vorbeuge die mannigfachen Gefahren des Arbeiters vermindert werden sollen, ohne die ernste Notwendigkeit, ohne den guten Willen der Beteiligten selbst läßt sich eine erfolgreiche Gewerkehgiene nicht durchführen.

Deutsche Farbwerke in Annäherung zu ausländischen Unternehmungen.

In der deutschen Handelspresse sind in letzter Zeit vielfach Berichte erschienen, die darauf hinweisen, daß von der chemischen Industrie eine internationale Annäherung geplant wird. Wie bekannt ist, während des Krieges im Auslande, besonders in England und Amerika, eine Farbstoffindustrie entstanden, die versucht, die deutsche Konkurrenz auszu-

halten und die Monopolstellung, die die deutsche Farbstoffindustrie auf dem Weltmarkt hatte, zu erschüttern. Gegenwärtig ist die Aussicht, von deutschen Farben sehr zurückgegangen, die Konkurrenz im Ausland macht sich bemerkbar, und wenn auch die Güte des Produktes noch zu wünschen übrig läßt, so wird doch für den minder anspruchsvollen Bedarf die Auslandsproduktion eine Befriedigung bieten. Worauf diese internationale Verständigung hinausgehen will, ist vorläufig nicht klar ersichtlich. Sollte es zu einer engen Fusion kommen in der Weise, daß man deutsches Kapital an diesen Unternehmungen interessiert, so müßte natürlich diese Produktion im Ausland auch vom deutschen Kapital gefördert werden und, wie so oft, dabei darüber hinweggegangen werden, daß die heimische Industrie in ihrer Monopolstellung, die sie zum Teil heute noch inne hat, gefährdet wird.

Industrie der Steine und Erden

Der Kampf in der Zement-Industrie.

II.

Auf der Konferenz in Leipzig wurde betont, daß in der Zement-Industrie mit einem hatten Kampf zu rechnen sei. Die wirtschaftliche und organisatorische Überlegenheit der Unternehmer könne nur durch ein außerordentliches Maß von Solidarität, Disziplin, Opfermut und Kampfeswille der Arbeiterschaft ausgeglichen werden. Zeigte sich bei diesen Voraussetzungen eine Uebervorteilung wurde auch der Erfolg lückenhaft sein. Die genannten Bedingungen wurden leider nicht überall erfüllt. In einer Anzahl Betriebe schloß sich die Arbeiterschaft der Bewegung nur an, um die Einheitslöhne zu wahren, da dort die gestellten Forderungen schon größtenteils erfüllt oder doch auch ohne Kampf zu erreichen waren. Das Ausscheiden der Gruppen Thüringen und Mitteldeutschland löste ihre begreiflichen Mißmut und Unwillen aus. Die Vertreter des christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verbandes waren sogar der Auffassung, daß auch Rheinland-Westfalen ausfallen müsse, da auch dort der Reichsarbeitsvertrag bestände. Dieser Auffassung entsprechend, haben sie auch versucht, ihre Mitglieder in Rheinland-Westfalen wieder zur Arbeitsaufnahme zu bewegen oder sie an der Arbeitsniederlegung zu verhindern. Mit Ausnahme des Werkes in Högter hatten sie aber damit kein Glück.

Das nachfolgende Ausscheiden von Bayern und Württemberg hat den Plan der Einheitsbewegung vollends beseitigt. In der zweiten Streikwoche kam es in Rheinland-Westfalen zu Verhandlungen, die den erdichteten Erfolg brachten. Damit war der börtige Kampf gegenstandslos geworden. Da es zur Weiterführung eines Solidaritätskampfes an den notwendigen Voraussetzungen fehlte, wurde die Arbeit am 9. Mai wieder aufgenommen. Die Bewegung beschränkte sich nunmehr nur noch auf die Gruppen Ostpreußen, Hannover, Pommern, Oberschlesien, Rüdelsdorf, Hessen und auf das Werk Hedderberg. Dieses Gebiet war für einen erfolgreichen Kampf immer noch groß genug. Die ernste Feuerung im Monat Mai erschwerte jedoch den Kampf außerordentlich. Die Differenz zwischen Streikunterstützung und Erntestückelung wurden täglich größer. Dem Opfermut und Kampfesgeist wurde eine harte Prüfung auferlegt, der nicht alle Streikenden gewachsen waren.

Vor allem zeigte sich dies in der Gruppe Rüdelsdorf. Hier hatte die Arbeiterschaft schon im Vorjahre einen elendigen Streik zu bestehen, von dem sie sich bei den dort üblichen Jammerslöhnen noch nicht erholt hatte. Die Ursache des damaligen Kampfes war die Ablehnung eines Schiedsspruches durch die Unternehmer, der den Arbeitern eine 10prozentige Lohnerhöhung zusprach. Ein übermäßiger Kampfeswiller war hier deshalb von vornherein nicht zu erwarten. Die durch den verlorenen Kampf des Vorjahres verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen zwangen jedoch auch die Rüdelsdorfer Zementarbeiter zum Aufstehen. Die Zementherren machten nun alle erdenklichen Anstrengungen, um die Geschlossenheit der Arbeiterschaft zu zerwürden. Gleich in den ersten Streiktage wurde in den dortigen Werken die sogenannte technische Nothilfe zum Ausladen der Kofentnahme eingesetzt. Unsere Bemühungen, diese Gesellschaft abzuweichen, hatten erst Erfolge, nachdem die Kohlen gelastet waren. Unter dem Schutz der Polizei, die zur Bedienung der technischen Nothilfe herangezogen wurde, hatte sich eine Anzahl Arbeitswilliger in die Betriebe geschlichen. Sie konnten zwar nicht arbeiten, aber sie ließen den Schmutz tauchen, setzten die Signalpfeifen regelmäßig in Bewegung und machten allerlei jenseitigen Spektakel im Betrieb, um den Streikenden eine Arbeitslosigkeit vorzutauschen und sie dadurch wandlungswillig zu machen.

Aber auch in den anderen Gruppen, wo Organisationen mit geringer Streikunterstützung beteiligt waren, ließ der Kampfesmut nach. So in Oberschlesien, wo es die Mitglieder des christlichen Verbandes abzulehnen, die Verhältnisse der gemeinsamen streikenden zu besorgen, weil ihren die Unterstützung zu niedrig war. Nur der Energie und Wachsamkeit unserer Kollegen ist es zu danken, daß sie nicht vorzeitig in die Betriebe liefen. In Hardegen bei Göttingen hatte sich eine größere Anzahl Streikbrecher aus der ländlichen Umgebung gefunden, so daß der Betrieb aufgenommen werden konnte.

Diese Situation gab die Veranlassung, den Einladungen der Regierungsstellen zu Verhandlungen für die einzelnen Gruppen Folge zu leisten. Die Verhandlungen führten allgemein zum Abbruch der Bewegung. Um den Streikenden die Härde des weiteren Kampfes zu ersparen, sogen wir die unzulänglichen Forderungen zurück und konzentrierten unser Interesse auf die Regelung der Lohnfrage. Dabei zeigte es sich, daß die Unternehmer gar nicht so bereitwillig waren, der Arbeiterschaft einen angemessenen Lohn zu gewähren, wie sie während der Bewegung stets versprochen. Es bedurfte der ganzen Energie der Organisationsleitung, um die angebotenen Hungerlöhne auf die notwendige Höhe zu bringen. Für die Gruppe Rüdelsdorf war dies jedoch unmöglich, da die Arbeiterschaft trotz eindringlicher Warnung schon vor Abschluß der Verhandlungen die Arbeit aufnahm. Die Veranlassung dazu hat die christliche Organisation, die durch eine ganz unüberantwortliche Kreisregierung ihre Mitglieder kuppeln machte und damit das Signal zur Arbeitsaufnahme gab.

Obwohl die angeführten Mängel und ungenügenden Zustände den Erfolg der Bewegung wesentlich geschwächt haben, so besteht doch keine Ursache, besonders unzufrieden zu sein. Zunächst kann nur sein, wer des Kampfes unkundig, mit einem glatten, widerstandslosen, vollen Erfolg rechnete. Auf einen solchen Erfolg konnte man jedoch kaum hoffen, wenn alle erforderlichen

Vorbedingungen reiflos erfüllt waren. Die Zahl der Kämpfe dürfte sehr gering sein, bei denen alle Forderungen durchgesetzt wurden. Daß immer wieder Abstriche gemacht werden, wir haben auf der Leipziger Konferenz sogar den Gedanken erzwungen, den Kampf nach langer Dauer abzuweiche, sofern irgendwelche Umstände einen Wiederholungs erlauben ließen. Diese Notwendigkeit trat aber nicht ein. Wir haben einen annehmbaren Teilerfolg erzielt. Und dieser Teilerfolg gewinnt besonders an Bedeutung, wenn wir die Einheit und Stärke des Gegners, die mangelhafte gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterschaft und die Vielgestaltigkeit ihrer Organisation betrachten.

Allerdings muß die Bewegung als Gesamtbewegung betrachtet werden. Eine zentrale Bewegung, die solche unerschütterliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse anstreift, wie die Bewegung in der Zement-Industrie, kann nicht mit einem Auf alle in eine Linie bringen und dann das Ganze auch noch vorwärts treiben. Sie wird immer erst das Rückständige nachholen müssen. Gelingt ihr das, dann hat sie dem Ganzen gebiebt. Denn solange das Rückständige nicht nachgeholt ist, kann auch das Vorgelegte nicht weiter kommen. Der Abstand ist nur bis zu einem bestimmten Maße möglich. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, hat die abgeschlossene Bewegung ihre Aufgabe zum großen Teil erfüllt. Sie hat die rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der sächsischen Zementindustrie beseitigt und damit den gemeinsamen Fortschritt ermöglicht. So hat denn auch die Arbeiterschaft der jenseitigen Gruppen, die einen ähnlichen Erfolg nicht zu erkennen glaubt, ihre Opfer nicht vergeblich gebracht. Sie hat dem Gesamtschritt gedient, ihm für die Zukunft Bahn gemacht.

Vor allem hat der Kampf die Anerkennung der Organisation gebracht, wo sie bisher verneint wurde. Er hat für Bayern und Württemberg die Anerkennung des Reichsarbeitsvertrages gebracht. Ebenso wurde für Württemberg und auch für Rheinland-Westfalen der Bezirkslohnvertrag erreicht. Die abgeschlossenen Tarifverträge brachten wesentliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Die ungeheuren Lohnunterschiede sind beseitigt und die Löhne wesentlich aufgebessert worden. Schon die Einreichung unserer Forderungen zeitigte Lohnangebote und Lohnerhöhungen von einer vorher unbekannt Höhe. Sogar das gelbe Zementwerk in Weimen-Heilberg, das früher die Arbeiterschaft mit Theatervorstellungen abfütterte, sah sich veranlaßt, in ganz kurzer Frist zweimal in den Beutel zu greifen.

Zu dem vorstehenden materiellen Erfolg kommt noch der Erfolg moralischer Art. Die Zementarbeiter wurden selber, mit geringer Ausnahme, von den Zementherren ziemlich gering eingeschätzt. Die Herren glaubten nicht an den Kampfeswillen und an den Kampfesmut der Arbeiter. Deshalb auch der Widerstand der Herren bei den heftigsten Forderungen. Deshalb die Ablehnung des Reichsarbeitsvertrages. Die Zementarbeiter galten als Arbeiter minderen Ranges. Man glaubte, sie seien noch die geistig schwerfälligen Menschen der Vorkriegszeit, die nicht lebendig zu kriegen seien. Noch bei den ersten Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium meinte ein Zementdirektor aus Oberschlesien, seine Leute hätten nicht an Streik, die seien froh, wenn sie arbeiten dürften. Diese Auffassung der Herren ist nun gründlich widerlegt worden. Die Zementarbeiter haben in ihrer Mehrzahl den Beweis geliefert, daß sie auch zum Kampf für den Fortschritt bereit sind. In langsamem, hartem Ringen haben sie ihren Mann gestanden. Alle Maximationen der Zementherren haben bei ihnen nicht verfangen.

Diese Kampfbereitschaft wird sich natürlich künftig materiell auswirken. Man wolle die Zementarbeiterlangsam zurückdrängen. Statt dessen wird es in Zukunft besser vorwärts gehen. Das, was uns bei dem diesmaligen Kampf verjagt blieb, werden wir nachholen. Wir haben unsere Forderungen nicht begraben. Sie sind nur zurückgestellt und wir werden sie zu gegebener Zeit wieder präsentieren. Was wir fordern, ist billig, gerecht, notwendig und erfüllbar. Auf unsere Forderungen verzichten, hieße auf den Fortschritt verzichten. Wir wollen den Zementherren Zeit lassen, um ihre Voreingenommenheit zu revidieren. Vielleicht finden wir sie bei dem nächsten Treffen etwas einseitiger. Vielleicht haben sie aus der ersten Generalkampftprobe der Zementarbeiter etwas gelernt. Hoffen wir es.

Aber auch der Arbeiterschaft dürfte diese Kampftprobe genügend Stoff zum Lernen bieten. Als Erfüllungsbewegung größeren Stils war sie natürlich gewissen Mängeln unterworfen, die den Erfolg ungünstig beeinflussten. Werden diese Mängel zum Anschauungsunterricht benutzt, dann dienen sie dem künftigen Fortschritt. Die nächste Zeit muß der gewerkschaftlichen Schulung und der Vereinheitlichung der Organisation der Zementarbeiter gewidmet sein. Ebenso muß auch die Kampfbereitschaft gepflegt werden. Der kommende Kampf muß uns schlagfertiger und geschlossener finden. Und er wird nicht allzu lange ausbleiben. Der Fortschritt bedingt ihn. Wähen wir also die Zeit, rüsten wir, seien wir lebendig, denn es harret uns noch eine schwere Aufgabe.

Berg.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Ein Lob für die Gewerkschaften.

Dr. Th. Steinhübel, Privatdozent an der Universität Bonn, hat ein Buch herausgegeben, das den Titel führt: „Der Sozialismus als sittliche Idee“. Darin heißt es u. a.:
„Als Mittel im Kampfe um die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft erweist sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Gewerkschaft. In der Gewerkschaftsbewegung ist ein immanenter ethischer (unverwundbarer) sittlicher Kern) Gedanke enthalten. Sie würdigt den Arbeiter als Personlichkeit und die Gesamtheit der Arbeiter als ein Glied der Gesellschaft, das an deren Bestand und Ausgestaltung teilhaftig ist. Sie will nicht nur negativ den Schicksal der Arbeiter gegen die soziale und wirtschaftliche Bedrückung der Unternehmer — ein Joch, das sie er sich schon in ihrem Vorkriegsrecht sichern würde —, sondern positiv Förderung der Arbeiter. Nicht besondere Rechte, sondern von keiner Seite beherrschte Gleichheit im Recht ist das sozial-ethische Ziel der Gewerkschaft, wie es Begierde formuliert hat. Gerade die verdiente Aufmerksamkeit der Gewerkschaftsorganisation zeigt die Tendenz der Gewerkschaften, die Arbeiterklasse mehr und mehr zu einem Stande zu erheben, der nicht nur Klasseninteressen in Form von Lohnforderungen erhebt, sondern sich bemüht, in den Bereich der Volksgemeinschaft zu treten und so an der wirtschaftlichen Regelung der Volksgemeinschaft mitzuerhalten. Aus der Gewerkschaftslehre der Klasse ist allmählich, namentlich durch das Zusammen des politischen Einflusses der Arbeiter, eine „allgemeine Soziallehre“ geworden.“
Dieses Urteil eines Wissenschaftlers über die Gewerkschaftsbewegung kann als Waffe gegen Angriffe benutzt werden, die dazu

dienen sollen, die freigewerkschaftliche Arbeiterbewegung herabzusetzen. Direkt bezeichnend muß es wirken bei den Leuten, die wider besseres Wissen die Gewerkschaftsbewegung in der Deffektivität zu mißliebigeren versuchen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Machen. Am 20. Juni fand in Lachen-Fort im Restaurant Schüller eine Versammlung der Ziegelerarbeiter statt, in der der Sekretär des Verbandes der Ziegelerarbeiter Deutschlands, Kollege Kubach (Detmold), über die wirtschaftliche Lage in der Ziegelerindustrie und die Organisation der Arbeiter referierte.

Stuttgart. Die Delegierten der Industriellen Stuttgart-Kommunisten nahen in einer gut besuchten Betriebsversammlung Stellung zur Lohnverhandlung und lehrten einstimmig das Angebot der Arbeitgeber als unannehmbar abzulehnen.

Kaiserslautern. Der Kampf gegen die Lohnsenkung und den Verfall der Arbeiterklasse wird von der SPD und von der politischen Arbeiterbewegung schon seit drei Jahrzehnten geführt.

Rundschau.

Kommunisten, die nicht alles können und die alles können.

Die rote Fahne Nr. 251 enthält einen Teilbericht über den Parteitag der SPD für Berlin-Brandenburg. Zur Gewerkschaftsfrage sprach Reichler.

Es heißt nicht, daß die Kommunisten alles machen können und sofort alle Forderungen der Arbeiter zur Durchföhrung bringen können.

Die Arbeiter müssen die Forderungen der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften vorbringen können. Es wird die Stunde kommen, wo wir die Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder hinter uns haben.

Die Arbeiter müssen nicht alles machen können, aber sie können alles machen, was sie wollen.

Die Arbeiter müssen nicht alles machen können, aber sie können alles machen, was sie wollen.

Die Arbeiter müssen nicht alles machen können, aber sie können alles machen, was sie wollen.

das Gegenteil von dem im ersten Satz Gesagten, indem sie ausführt, durch die Eroberung der Gewerkschaften könne sie mehr erreichen als die heutigen Gewerkschaften.

Kraub-Mörder.

Dieses Wort trifft auf die Vertreter einer bestimmten politischen Richtung - wenn auch nicht im eigentlichen Sinne des Wortes - mit einer erklärenden Deklaration zu.

Bartholomäusnacht!

Sie wollen die Bartholomäusnacht - Habt acht, habt acht! Sie schauen das Leuchten der Weltgestirne Doch nicht den Funken im stillen Hirne.

Willsbach. Robert Göß.

Zahlenmäßiges aus Kärnten.

In einem von hiesigen dem Statistischen Bureau veröffentlichten Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Provinz Kärnten für die Jahre 1914 und 1919 durch interessante Daten veranschaulicht, aus denen sich die folgenden herausheben:

Table with 3 columns: Year (1914, 1919), Absolute numbers, and Percentage change. Rows include total population, male, female, and various age groups.

Das Verhältnis zwischen Wohnen und Profit hat sich also von 1914 auf 1919 wenig geändert. Die Löhne sanken im Jahre 1914 um 41,3 Prozent und 1919 um 22,1 Prozent des Profites aus.

der Konzentrationsprozess im ganzen bedeutend fortgeschritten ist. Auch die sehr geringe Zunahme der Zahl der Eigentümer (2,6 Prozent) geht auf dieselbe Ursache zurück.

Arbeitslöhne in Rußland.

Wie das Heft Nr. 10 der 'Wirtschaft und Statistik' mitteilt, sind in Rußland die Nominallöhne trotz härtester Erhöhung immer mehr hinter der Preissteigerung zurückgeblieben.

Eine Kleinhausfiedlung der Pharaonen.

Die alte und bekannte planmäßige Kleinhausfiedlung ist das ägyptische Rahum. Die Stadt wurde zur Unterbringung der beim Bau der Pyramide Masara beschäftigten Arbeiter angelegt.

Verbandsnachrichten.

Der Kollege Wilhelm Bachmann.

geboren am 20. Februar 1895 in Laucha, Sach.-Anh., 193 373, eingetretet am 8. November 1910 in Waltershausen, wird von seinen Angehörigen geliebt.

Wilhelm Carus, Kartennummer 799 329, geboren am 15. 4. 1872 zu Witten, wohnt in Arnberg als Ziegler tätig, ist unter Mitnahme von 40 Marken à 10 Mark und 30 Marken à 7 Mark abgereist.

Das Mitglied Friedrich Geil, geboren am 27. März 1871, eingetretet am 1. August 1895 in Brunnbüttel, hat auf der Wandererschaft sein Buch verloren.

- Sam 22. Juni an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Sam 1: Würden 10 000, und 3000, Lachsenhof 1800, Witten 2,75, Heßen 9000, Dornbrühl 58 000, Gameln 10 000, Ullar 1500.

Zahlstelle Hachen und Umgegend.

Bureau in Stolberg, Frankental 1 (Telephon 248). Die Geschäftsstunden sind wie folgt festgesetzt: vormittags von 8 1/2 bis 12 Uhr, nachmittags von 2 bis 6 1/2 Uhr.

Die Zahlstelle Eßlingen

Wahler müssen mindestens 5 Jahre freigewerkschaftlich organisiert rednerisch befähigt sein und ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der Sozialgesetzgebung haben.

Der II. Gewerkschaftskongress in Leipzig

Legte im großen Saal des Hotel... 24. Juni um eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Kollege Seipart, gab in seiner Eröffnungsrede...

Der Kommunist Walcher, der Schaffner Dismann, ist in der Debatte in bekannter Weise Kritik an der Tätigkeit des Bundesvorstandes...

In seinem Schlusswort führt Seipart noch aus: Die unvermeidliche kommunistische Agitation hat der Arbeiterschaft...

Angenommen werden folgende Entschlüsse:

Zu den 10 Punkten (Steuerfragen). Der II. Deutsche Gewerkschaftskongress macht sich für den Bundesvorstand des ADGB...

Zu Punkt 3 der Tagesordnung referiert Krügel über Betriebsräte und Gewerkschaften. Folgende von ihm verfasste Entschlüsse werden angenommen:

Der Betriebsrat ist ein Organ der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften als die Grundlage der Arbeiterbewegung...

Zu Punkt 4 der Tagesordnung: 'Organisationsformen'. Hierin in vorzüglicher, gut durchdachter Rede Larnow als Referent...

Bisher erfolgte die Organisationsabgrenzung nach den Betrieben. Jetzt soll dafür die Zugehörigkeit zu einer Industriebranche entscheidend sein...

Auch die Argumente von der Konzentration der Macht und den Schwierigkeiten der Lohnverhandlungen...

Die Bildung neuer Organisationsformen kann nicht durch Beschlüsse anordnet. Es gibt nur eine Möglichkeit...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

Die Resolution Larnow wurde in ihrem ersten, entscheidenden Teil abgelehnt...

einzelne, gegebenenfalls gemeinsame Maßnahmen auf den Gebieten der Agitation und Bewältigung der Erfüllung dieser Aufgaben zu ergreifen und in geeigneter Gestalt werden kann."

Der Punkt 5 der Tagesordnung: **„Arbeitsgemeinschaften und Arbeitervereine“**, sprach Bischoff als Referent, Simon als Vortragender. Bischoff hebt hervor, daß heute gegen die Arbeitervereine dieselben Argumente geltend gemacht werden wie vor 20 Jahren gegen die Landverbände. Der tiefere Sinn der Arbeitergemeinschaft ist die Arbeiter als Gleichberechtigte an der Wirtschaftsgestaltung zu beteiligen. Aber es genügt nicht, Rechte zu fordern, wir müssen auch diese Rechte erfüllen. Wir müssen die Kraft und die Energie haben, an der Entwicklung mitzuwirken. Der lange und tiefe Wirtschaftskrisis wird nur dann von Erfolg sein, wenn wir Wirtschaftsführer gewinnen und heranbilden. Wenn die Träger des Klassenkampfgedankens sich hermetisch abschließen und sich weigern, mit den Unternehmern an einem Tisch zu sitzen, dann bereiten sie diesen nur eine Freude. Sehr oft ist diese Weigerung auch der Ausdruck eines Mangels an Vertrauen zu sich selbst und der Furcht, den Unternehmern geistig nicht gewachsen zu sein. Gerade diejenigen, die kein Vertrauen in ihre eigene Kraft haben, hätten alle Veranlassung, Leute heranzubilden, die sich von den Unternehmern nicht an der Nase herumführen lassen. Nicht einzelne, sondern die ganze Arbeiterklasse muß befähigt werden, den Klassenkampf zu führen. Die großen Probleme unserer Wirtschaftslage können nicht auf dem Wege der Besetzung allein erledigt werden. Notwendig ist dazu die Mitarbeit aller, die im Wirtschaftleben stehen. Weil der Krieg die Möglichkeit zur Bewältigung unserer Ziele zum großen Teil vernichtet hat, haben wir ganz besonders die Pflicht, am Wiederaufbau mitzuarbeiten.

In bezug auf die Wirtschaftsfrage fordert Stöcker die Erfüllung der Verfassungsbestimmungen. In den verschiedenen Beratenden Körperschaften sind die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter nicht gewahrt worden. Die Gewerkschaften dürfen keine Körperschaften anerkennen, in der nicht der Grundsatz der politischen Gleichberechtigung verwirklicht wurde. Die Forderung der gleichberechtigten Mitwirkung in den Kammern ist nur zu gerechtfertigt. Die Unternehmer treten jetzt für Arbeiterkammern ein, weil sie dann in ihren Kammern umgekehrt arbeiten können. Heute geht der Kampf um die Teilnahme der Arbeiter an der Wirtschaftspolitik. Der Artikel 165 der Reichsverfassung behandelte eine andere Stellung, die anzugehen werden muß. Die Wirtschaftsfrage ist nicht mehr Sache eines einzelnen, sondern Sache der Allgemeinheit. Grundsatz soll sein, daß alle Wirtschaftsfragen einer Industriegruppe in gemeinsamen Beratungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geregelt werden. Nur über die parlamentarischen Kammern, aus denen auch die notwendigen Wirtschaftsämter hervorgehen müssen, führe der Weg zum Reichswirtschaftsrat.

Simon tritt für eine Arbeiterkammer ein.

Stöcker faßt eine namentliche Abstimmung über den Antrag faßt: **„Der Kongreß wolle beschließen, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten“**. 345 Delegierte, die 5 582 429 Wähler vertreten, stimmen mit Ja, 327 Delegierte mit 3 803 238 Wählern mit Nein. Der Antrag auf Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft ist damit abgelehnt. Dagegen stimmt der Kongreß folgender von Bischoff vorgelegten Entschließung zu:

Der Reichstag hat in der Sitzung vom 12. Oktober 1906 beschlossen, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten. Der Reichstag hat beschlossen, den Reichstag zu veranlassen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Die soziale Kraft der inneren Entwicklung, Bewegung und Entwicklung des Arbeitsrechts ist nicht in erster Linie das staatliche Recht und die staatliche Kontrolle, sondern die soziale Selbstregulierung und Selbstverwaltung organisierter Wirtschaftsklassen. Aufgabe des Staates ist, Freiheit und Wirtschaftlicher Kraft zu erzeugen, sie insbesondere auch zur Ausübung gegenüber allgemeiner Vorschriften (z. B. über die Arbeitszeitregelung) an wirtschaftliche und besondere Verhältnisse in Maßnahmen bestimmter Voraussetzungen zu bringen. Daraus bedarf es:

1. eines positiven Rechts, das die Gewerkschaft als soziales Organ anerkennt, besorgte die Erhaltung ihrer Reichsfähigkeit, seine unabhängige Vermögensrechtliche Stellung ausführt, durch eine ständige Haftung für die Erhaltung der Produktionsmittel (Kassenarbeit) an Stelle staatlicher Maßnahmen (technische Reformen) ansetzt, auf die Vermeidung wirtschaftlicher Krisen, nicht durch Zwangsregeln, wohl aber durch ein freiwilliges, durch innere Autorität hindendes Schlichtungsverfahren, abgesehen von sonstigen arbeitsrechtliche Maßnahmen, insbesondere des Streikrechts, sieht;

2. eines bei ganz Leichtem gegeben, Wirtschaftsgesetz, das als Träger des Rechts, die freie, wirtschaftliche, unabhängige Selbstregulierung anerkennt, die Unabhängigkeit der Klassen für die Betriebsangehörigen, nicht nur die organisierten, durchführt, die allgemeine Betriebsvereinbarung befähigt, erweitert und befördert Betriebsräte heranzüchtet;

3. einer Vertiefung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die die Arbeiter zu ihrer Erziehung (wie bei Kassenarbeit) für die Erhaltung der Produktionsmittel, durch Förderung ihrer regelmäßigen Bildung auf den Inhalt von Arbeitsverträgen und von Bestimmungen über ihre Aufstellungsgänge.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen. Der Reichstag hat beschlossen, die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzulösen.

Die Forderungen der Gewerkschaften.

Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeiterschaft.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses sich mit dem Vorstand des AFD-Bundes und den drei politischen Arbeiterparteien in Verbindung gesetzt. In gemeinschaftlichen Beratungen sind von den Unterzeichnern die folgenden Forderungen beschlossen worden:

An die Reichsregierung und den Reichstag.

Das Gesetz zum Schutze der Republik muß enthalten: Sofortiges Verbot und strenge Befragung jeder monarchistischen oder antirepublikanischen Agitation in Wort, Bild und Schrift. Bekämpfung auch derjenigen, die solche Agitation oder Angriffe auf die Republik und ihre Organe organisieren, durchführen, begünstigen oder begünstigen. Verbot und sofortige Auflösung aller monarchistischen oder antirepublikanischen Verbindungen. Verbot der monarchistischen Fahnen und Farben. Sofortige Befreiung aller monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Ämtern. Strafe, jedes Angriffs in Text, Bild oder Schrift auf die republikanischen Farben und Fahnen. Strenge Vorschriften zur Säuberung der Regierungshallen und Behörden, einschließlich der Gerichte und der Reichswehr von allen monarchistischen oder antirepublikanischen Elementen. Aufhebung derjenigen Rechte, die dieser Säuberung entgegenstehen. Verbot des Raufпутzes anlässlich des Diensts. Verbot des Uniformtragens für ehemalige Offiziere. Unterordnung weiterer Ernennung von Regierungsbeamten. Einziehung eines kaiserlichen Ordens nach dem Tod der Träger. Bestrafung der Auftragsvergabe an einen vom Reichsgewerksrat zu ernennenden republikanischen Reichsbeamten. Schaffung einer Reichsbehörde, insbesondere einer Reichsstaatsanwaltschaft. Vorschriften zur Erleichterung der Bekämpfung und Anordnung sofortiger Befragung solcher Personen, die gegen Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen. Bestimmungen über Befreiung und Einziehung des Vermögens der Reichsbeamten sowie über Einziehung von Pensionen und Vergütungen.

Die Bestimmungen des Gesetzes sind zunächst auf mindestens zwei Jahre festzusetzen. Dem Reichstag erwarten wir, daß er dieses Gesetz in Angelegenheit frühzeitig und nicht später einbringt, bis es in Kraft getreten ist.

Unabhängig hiervon fordern wir: Sofortige Rücknahme im Reich und in den Ländern für alle wegen politischer Meinungen Verurteilten mit Ausnahme derjenigen, die im Sinne dieses Gesetzes strafbare Handlungen begangen haben. Rücknahme auch für die aus Anlaß des Vorkriegsrechts zur Bekämpfung von Gewerkschaften, Unterbrechung aller aus demselben Anlaß eingeleiteten Rechtsverfahren.

Die politischen Arbeiterparteien haben sich verpflichtet, diese Forderungen gemeinsam durchzuführen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Gesetzes zu unterstützen.

Den den Gewerkschaftsmitgliedern und den gesamten Arbeitnehmern Deutschlands

Verlangen wir jetzt absolute Einigkeit, geschlossene Disziplin, festen Willen und Bereitschaft zur Unterstützung unserer Vorgehensweise, bis wir sie durchsetzen können.

Den den Gewerkschaften und Arbeitervereinen

Die uns wiederholt ihre Unterstützung zur Erhaltung der Deutschen Republik zugesichert haben, fordern wir jetzt eine feste Einwirkung auf Ihre Regierungen in der Richtung, daß die Parteien und ihre Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, die den Nationalisten und Monarchisten in Deutschland immer neuen Agitationsstoff geliefert hat, endlich abläßt.

Da alle republikanisch gesinnten Organisationen rufen wir die Aufforderung, sich unseren Forderungen anzuschließen und auch ihre Kräfte für ihre Durchföhrung einzusetzen.

Für Beschaffung über die weiteren Maßnahmen und die Mitwirkung der gesamten Arbeitnehmerschaft sind die beiden Bundesversammlungen des ADGB und des AFD-Bundes möglicherweise zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen.

Frauenfragen.

Kommunistische „Förderung“ der Frauenfrage.

Dem Gewerkschaftskongreß lag zum Geschäftsbericht ein von vier weiblichen Delegierten eingebrachter Antrag „zur Frauenfrage“ vor, der mit großer Majorität abgelehnt worden ist. Diese Stellungnahme des Kongresses wird nicht nur in der Agitation in dem Sinne ausgeschaltet werden, daß die Mehrheit des Kongresses kein Verständnis für Frauenfragen habe und nicht gewillt gewesen sei, Arbeiterinneninteressen zu vertreten, sondern es wird in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder Kenntnis darüber zu verbreiten, daß die Delegierten, die den Antrag abgelehnt haben, damit keiner frauenfeindlichen Meinung Ausdruck geben wollten. Der Antrag war aber nichts weiter als eine Zusammenstellung einer Reihe von Forderungen und Kritik an bündischer Reichspolitik, so daß der Kongreß mit der Annahme sich einfach blamiert hätte. Der Antrag wird im Wortlaut in der Nummer 14 der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung zum Abdruck kommen, so daß Gelegenheit gegeben ist, sich über den Inhalt informieren und die Stellungnahme des Kongresses beurteilen zu können. Der Antrag ist die wertvollste Wiedergabe eines Teiles eines Artikels, der seit einiger Wochen durch die kommunistische Presse gegangen ist. Der Rest des Artikels wurde von der Reichlerin zu dem Antrag, einer Delegierten der Reichlerin Metallarbeiterorganisation, als Begründung verwendet.

Der Antrag zur Frauenfrage zeigt deutlich die Art der kommunistischen „Bellenkammer“, ihre Absichten durchzuführen zu wollen mit Hilfe der manövrierbaren Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihnen noch Gefolgschaft leisten. Sie schädigen einige wichtige Forderungen und Fragen, die der Befreiung und der Beachtung wert sind, so zunächst unsinnige Forderungen und ungeordnete Kritiken v. m. ein, daß die von ihnen gestellten Anträge von bündnisfeindlichen Menschen und von Menschen mit Verantwortungsgefühl abgelehnt werden müssen, und dann wenden sie sich an die Masse der Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Ruf: „Verrot der Arbeiterinteressen!“ Diese Parole wird in der Gewerkschaftsbewegung und in den Parlamentskreisen verfolgt. Beharrend bleibt nur, daß es immer noch Arbeiter gibt, die auf diese Methode herabfallen. Beharrend bleibt auch, daß sich auf dem Gewerkschaftskongreß 50 Delegierte gefunden haben, die den Antrag unterschrieben haben.

Die alte Arbeiterfrau und ihr Sohn.

Mein Junge, sieh: Du bist nun längst ein Mann, hast selber Kinder! Meine alten Hände sind krumm, die Arbeit sie nur machen kann, und haben doch für dich noch liebe Spende!

Nicht Gaben sind's, die ich dir geben mag. — ein Streicheln nur am deine bärigen Wangen! Wenn mich nicht weich! Rasch kommt ein letzter Tag für deine alte Mutterhand gegangen....

Sie gab dir alles, was sie geben konnte, — und du gibst mir, was nur ein Kind kann geben: Du hast mit Daseinsfreude mich umsonst mein hohes, erdendunkles Arbeitsleben!

Sei, meine Greisenhand dir übers Haar zu ewig dem Knaben weich und kosend tasten? Und heul noch ist es, wie es immer war: Du machst mich stark und froh für Leid und Lasten! L. L.

Litterarisches.

Reisen nach Khasanet (Brochhaus, Leipzig). Jeder Band gebunden 40 Bl., Schwanen 50 Bl.
Kleine Bände: Band 16, Clara Pafka, „Feuer und Schwert im Sudan“.
Band 17, Willy, „Ein arabischer Robinson“.
Band 18, Simke, „Mein erster Weg zum Konga“.
Ein reiches Geschick an jung und alt bietet der durch seine Reisen und bekannte Verlag Brochhaus durch das Erscheinen von drei neuen Bänden seiner allgemeinen als trefflich bekannten Sammlung „Reisen und Abenteuer“. Die Fortsetzung wurde schon mit Ungeduld erwartet. Auch die neuen Bände sind Kostbarkeiten, die lassen bereits die Namen der Verleger erkennen. Es sind Reisen aus dem reichen Schatze, den Brochhaus an Reisenden sein eigen nennt. Da ist gleich Band 16, Clara Pafkas, Feuer und Schwert im Sudan, ein großartiges Heldengemälde aus der helle gisaunischer Deiposte. Seite um Seite zeigt sich die Tugend des Erlebens, bis das Gedränge der Flucht die Spannung wuchert. Band 17, Willy, Ein arabischer Robinson, ist ein prächtiges Geschick. Das Abenteuer mit seinem neuen Gefährten im höchsten Norden, nahe dem Pole, in mehrjähriger Einsamkeit in Nacht und Eis anzuhängen war, mit welchem Mut und Humor er die schwere Zeit zu überwinden wagte und wie er nie das Vertrauen auf Rettung verlor, das muß man in dem gut ausgestatteten Bande lesen. Die beiden Fortsetzer waren fähiger, anständige Männer, die durch nichts zu beugen waren; treffliche Schilder für das herauswachsende Geschlecht. Band 18, Mein erster Weg zum Konga, aus Stanley's reichen Reiseerzählungen, liefert einen besonders hervorragenden. Der berühmte Entdecker schildert seinen Weg von Cassihar durch Ostafrika bis zu den Fluten des mächtigen Nil, der nach Anlege der Eingeborenen immerzu nach Norden fließen sollte. Es war aber der richtige Strom des Konga, dessen Lauf Stanley als abenteuerlicher Fahrt verfolgte. Stanley schildert in der ihm eigenen kraftvollen Sprache die spannenden Erlebnisse auf seinen abenteuerlichen Wegen zu den innerafrikanischen Tiefen, seine Begegnungen mit schwarzer Natur und graulichen Reichstüfeln, und er erzählt großartige Abenteuer der eigenartigen Charakteren. Die Bände sind weiter reich mit Originalbildern und Karten ausgestattet.